

Beschluss des Landrats vom 12.09.2024

Nr. 718

30. Ungleichbehandlung aufheben: 365 Franken Jugend-U-Abo auch im Baselbiet 2024/315; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Jan Kirchmayr (SP) blickt nach Wien, wo man für ein Jahresabo genau 365 Euro, also einen Euro pro Tag bezahlt. Dafür kann man in ganz Wien mit der U-Bahn oder mit der Bim, wie man dort das Tram nennt, unterwegs sein. Seit diesem Jahr kann man das im Kanton Basel-Stadt ebenfalls, sofern man unter 25 Jahre alt ist. Das ist eine wichtige Anpassung, um die Zugänglichkeit der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen zum öffentlichen Verkehr zu verbessern. Man muss schon sehen: Ob man als fünf- oder sechsköpfige Familie CHF 542 oder CHF 365 zahlen muss für Jugendliche, die in die Berufsschule fahren oder an einem anderen Ort in die Schule gehen, macht einen grossen Unterschied.

Der Landrat wird gebeten, diesen Vorstoss, der dies auch für das Baselbiet fordert, zu überweisen. Er geniesst die Unterstützung der Jungparteien, namentlich der Jungen Grünen, der Jungen EVP, der Jungen Grünliberalen, der Jungen Mitte und der Juso. Es ist wichtig, dass wir nicht eine Inselösung machen. In Basel-Stadt können Menschen unter 25 das U-Abo für CHF 365 beziehen, hier kann man das eben nicht. Es ist aber nicht im Sinne unseres Tarifsystems, Unterschiede zu haben, sondern dass wir Einheitlichkeit hinkriegen, weswegen es sich ja um einen Tarifverbund handelt. Der Stellungnahme kann man entnehmen, dass sich die Anpassung einfach umsetzen liesse. Die Kosten bewegen sich im Verhältnis zum Ertrag in einem überschaubaren Rahmen.

Andi Trüssel (SVP) fasst zusammen, der Wohlfühlstaat solle uns von der Wiege bis zur Bahre und an allen Ecken und Enden begleiten. Subventionen hier und dort – man weiss nur nicht, woher das Geld kommt. Der Regierungsrat hat klar beschrieben, worum es geht. Die SVP-Fraktion folgt dessen Argumentation.

Thomas Eugster (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion werde den Ausführungen des Regierungsrats folgen. Es ist schlicht und ergreifend so, dass diese Anpassung unter dem Strich relativ viel Geld kostet und man dadurch nicht wirklich mehr Personen dazu bekommt, den ÖV zu benutzen. Der Zuwachs ist minim, das zeigt sich anhand des Geldbetrags. Es handelt sich de facto einfach um eine zusätzliche Subventionierung. Diese kostet, und da muss man einfach akzeptieren, dass in Basel-Stadt und Basel-Landschaft ungleiche Verhältnisse vorherrschen. Basel-Stadt hat Geld, Basel-Landschaft hat weniger Geld. Deshalb kann man dies in Gottes Namen einfach nicht finanzieren. Das Argument, dass die Jugendlichen vielleicht deshalb nicht den ÖV nutzen würden – was gar nicht zutrifft –, verfängt auch nicht, da die Schwelle, bis es teurer wird, zeitlich einfach etwas nach hinten verschoben wird und man die Personen dann verlieren würde. Unter dem Strich würde es sich einfach um eine neue stehende Ausgabe handeln, die sich der Kanton Basel-Landschaft angesichts der aktuellen Finanzlage nicht leisten kann. Die FDP-Fraktion wird deshalb die Überweisung der Motion ablehnen.

Yves Krebs (GLP) versichert, dass er dieses Mal das Traktandum garantiert nicht verwechselt habe und dieses Mal auch der offizielle Fraktionssprecher sei. Die GLP unterstützt die Motion. Es widerspricht dem Grundgedanken des U-Abos – diesem Pionierabo von 1986 – fundamental, dass ungleiche Preisgestaltungen in den Trägerkantonen vorherrschen.

Jetzt kann man natürlich einwenden, dass Basel-Stadt hier vorgeprescht ist und dass dies un schön ist. Dies kann man aber auch als Chance betrachten. Aufgrund der finanziellen Situation des Kantons möchte die GLP, dass diese Vorlage kostenneutral gestaltet wird. Dies ist als Auftrag an den Regierungsrat für die Umsetzung zu verstehen. Die Ungleichbehandlung hätte die GLP zudem lieber beim Senioren-U-Abo als beim Jugend-U-Abo. Das Senioren-U-Abo – die günstigere Preisgestaltung für Senioren, von denen wohl 75-80 % relativ gut betucht sind und nun noch eine 13. AHV erhalten werden – sollte eher eine Ungleichbehandlung erfahren. Die Jugend reagiert nun einmal sehr preissensitiv, weshalb das Argument von Thomas Eugster, dass der Effekt nicht gross sein werde, nicht nachvollziehbar ist. Zudem muss man sehen, dass der ÖV von den Jugendlichen mehr und mehr durch verschiedene Mobilitätsangebote kannibalisiert wird. Es ist doch ein Anliegen aller, die jungen Menschen zum ÖV zu bringen und nicht auf andere Mobilitätsformen, darunter auch störende wie shared mobility. Deshalb soll der Sache eine Chance gegeben werden – unter der Voraussetzung, dass eine kostenneutrale Lösung gefunden wird.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) erklärt, die Grüne/EVP-Fraktion unterstütze diese Motion. Ein solches Anliegen hat es nie einfach. Gerade die finanzielle Situation muss oftmals erhalten. In schwierigen Situationen müssen Prioritäten gesetzt werden, und so ist es auch hier. Priorität haben hier die jungen Menschen, die wir in ihrem Mobilitätsverhalten unterstützen müssen. Sie müssen jetzt mobil sein können und Erfahrungen sammeln. Deshalb ist es ganz wichtig, die jungen Menschen zu unterstützen, und das wird mit dieser Motion getan. Karl-Heinz Zeller ist nicht sicher, ob er die Idee der GLP unterstützen kann, denn auch unter den Senioren gibt es Menschen, die Unterstützung benötigen. Das Kernanliegen ist die Unterstützung der Jungen in ihrem Mobilitätsverhalten, und das darf nicht auf Kosten anderer geschehen. Es wird um Unterstützung für die Motion gebeten.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion werde die Motion ablehnen. Inhaltlich kann sie sich der Argumentation der FDP sehr gut anschliessen. Entscheidend ist ebenfalls, dass hier das Giesskannenprinzip zur Anwendung kommen soll. Es gibt andere Instrumente, womit die Jungen unterstützt werden können, die wirklich darauf angewiesen sind. Hier wird einfach eine weitere Subvention vorgeschlagen. Das kann die Mitte-Fraktion nicht unterstützen.

Jan Kirchmayr (SP) dankt für die Diskussion und die Reaktionen. Die These, dass die U-Abo-Verkaufszahlen zurückgehen, stimmt so nicht. Die Signale aus Basel-Stadt deuten darauf hin, dass die Verkaufszahlen tendenziell eher zunehmen, gerade wegen des neuen Angebots. Wer den 10. GLA und den Entwurf dazu gelesen hat, wird wissen, dass aktuell mit einer Zunahme der Verkaufszahlen des U-Abos gerechnet wird.

Weiter wurde die Frage aufgeworfen, weshalb die Unterstützung bis zum Alter von 25 Jahren möglich sein soll, wenn man sich das ab 18 ja selbst leisten könne. Dem ist eben nicht so. Mit 18 befindet sich noch immer ein Teil der Jugendlichen in der Lehre, besucht eine weiterführende Schule, beginnt ein Studium oder es stehen andere erste Investitionen an. All das verunmöglicht die Finanzierung eines U-Abos teilweise. Es ist auch völlig falsch, von einer Giesskanne zu sprechen, wenn man überhaupt keine Alternative präsentiert. Das ist kein nachvollziehbares Argument.

Andreas Dürr (FDP) nimmt den kleinen Steilpass von Jan Kirchmayr auf. Dieser hat auf Wien verwiesen – früher auch das «rote Wien» genannt, das sich seit 1945 unter sozialdemokratischer oder gar sozialistischer Herrschaft befindet. Gerade hat Andreas Dürr gelesen, dass die Stadt Wien 2024/25 4 Milliarden Euro Schulden macht. Das führt zu einer Gesamtverschuldung von 14 Milliarden Euro, und in Wien weiss schlicht niemand, wie diese Schulden je zurückgezahlt werden sollen. Man kann natürlich so fungieren, das ist klar. Andreas Dürr möchte aber unbedingt verhin-

dern, dass das Baselbiet zu Wien wird. Insofern handelt es sich hierbei um ein ausgesprochen schlechtes Beispiel.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, es höre sich nun so an, als ob Jugendliche überhaupt keine Verbilligung hätten. Das heutige U-Abo ist bereits günstiger für Jugendliche. Das gilt es zu beachten. Kinder oder Jugendliche nehmen ja den ÖV. Niemand geht mit dem Velo in die Schule. Es stimmt also überhaupt nicht, dass die Jugendlichen den ÖV nicht bereits nutzen würden – im Gegenteil, und das ist eben Unterschied zwischen den beiden Basel: In Basel-Stadt sind die Wege kurz und man ist mit dem Velo schneller und der ÖV im Vergleich sehr langsam und deshalb bei den Jugendlichen auch nicht so beliebt. In Basel-Landschaft benötigen die meisten den ÖV, um in die Schule zu gehen. Die meisten verfügen auch über ein Abo.

Das ist eine andere Situation und darum ist es auch so, dass diese zusätzliche Subvention in Basel-Stadt wohl dazu führt, einige Personen abzuholen, die den ÖV zuvor nicht benutzt haben. Im Baselbiet wird dies nicht dazu führen, dass wesentlich mehr Leute den ÖV benutzen werden. Nochmals: Letztendlich handelt es sich einfach um eine zusätzliche Subventionierung. Das Argument der Giesskanne trifft natürlich zu. Aus diesen Gründen ist die Motion abzulehnen.

Markus Meier (SVP) verweist auf die Voten, in welchen von einer zusätzlichen Subvention gesprochen worden sei. Es wurde auch gesagt, dass das Angebot im Nachbarkanton so besteht. Thomas Noack hat darüber philosophiert, was Banken Jugendlichen anbieten. Wenn ein Unternehmen es für nötig befindet, kann es dies tun. Das kann ein Leistungsanbieter im ÖV auch tun. Dafür braucht es keine Vorgabe des Landrats. Zum Argument allgemein – und der Redner ist mittlerweile in einem Alter, in dem er sich erlaubt, Folgendes zu sagen –: Wenn Markus Meier als Kind gegenüber Mami und Papi damit argumentiert hat, was der Nachbar hat oder darf, wurde stets entgegnet: «Wenn der Nachbar in die Hose macht, machst dann auch in die Hose?» Mehr gibt es dazu nicht sagen.

Andrea Heger (EVP) wird mit wenigen anderen in ihrer Fraktion ausscheren. Sie möchte dies aber nicht als Votum gegen die Jugend verstanden haben. Ebenso schätzt sie das Engagement der Jungparteien sehr. Ihre Rolle bedingt aber, den ganzen Kanton zu betrachten und nicht nur ein Alterssegment. Man muss auch schauen, ob das Geld, das hier eingesetzt würde, woanders besser investiert wäre. Andrea Heger kann der Argumentation des Regierungsrats folgen. Wenn man überlegt, auch aus gesundheitlichem Aspekt, was die Jugendlichen sonst machen würden, wenn sie noch günstiger mobil sein wollten, würden sie zu Fuss gehen oder das Velo nehmen. Das wäre nicht so schlecht. Das Auto wäre im Vergleich zum U-Abo wohl zu teuer. Das U-Abo für die Senioren sollte hingegen bleiben. Die haben sich vielleicht bereits ein Auto angeschafft und würden dieses schneller abgeben und den ÖV nutzen. Andrea Heger zieht ein breites Angebot für alle einer Subventionierung bei den Jungen vor. Mit dieser wird nicht so viel erreicht werden können, wie man sich teilweise erhofft.

Hannes Hänggi (Die Mitte) bringt einen weiteren Aspekt in die Diskussion. Es wird von Ungleichbehandlung gesprochen. Aber warum besteht diese Ungleichbehandlung? Weil der Kanton Basel-Stadt beschlossen hat, den Preis für das U-Abo für die Jugendlichen zu senken. Nun ist der Kanton Basel-Landschaft unter Zugzwang. Zieht Basel-Landschaft nun nach – für diesen Wunsch besteht durchaus Verständnis –, gibt man die Ungleichbehandlung einfach weiter. Der Tarifverbund umfasst ja nicht nur Basel-Stadt und Basel-Landschaft, sondern auch das Schwarzbubenland im Kanton Solothurn und das Fricktal im Kanton Aargau. Die Ungleichbehandlung wird also an diesen Orten weiterbestehen. Dort sind die Jugendlichen vermutlich noch viel stärker auf das U-Abo angewiesen, um an ihre Arbeitsplätze oder Studienorte zu gelangen, als in Basel oder in der Agglomeration. Auch deshalb lehnt die Mitte-Fraktion die Motion ab.

Yves Krebs (GLP) führt aus, Jugendliche reagierten preisbewusst und er reagiere getriggert auf Schlagworte wie «Subventionsmaschinerie» oder «Giesskannenprinzip». Wenn man diese Begriffe schon verwendet, sollte man auch konsequent sein. Es gibt Personen mit einer super PK mit Umwandlungssätzen, von denen man heute nur noch träumen kann, die auch noch eine 13. AHV-Rente erhalten werden, Wohneigentum besitzen und somit tiefe Lebenshaltungskosten haben. Da wäre das Schlagwort «Giesskannenprinzip» angebracht. Diese Menschen können mit CHF 750 im ganzen Kanton herumfahren. Yves Krebs wartet auf einen bürgerlichen Politiker, der diesen Umstand kritisiert.

Nadim Ismail (SP) meint, die Preissensitivität sei immer hoch. Diejenige von Jugendlichen ist noch viel höher. Andernfalls würden Webseiten wie Temu oder Shein nicht derart boomen und Paketfluten generieren. Das Argument für die Einführung in Basel-Stadt war nicht direkt die Situation der Jugendlichen, sondern der Umweltschutz. Weiter geht es um Kundenbindung. Wenn eine 2000-Watt-Gesellschaft erreicht und die ökologischen Fussabdrücke verbessert werden sollen, bedarf es kreativer Massnahmen. Es müssen effektive und wirkungsvolle Massnahmen in die Wege geleitet werden. Deshalb ist es sehr wichtig, diese Motion weder als Jugendvorlage oder Subventionsvorlage zu betrachten, sondern es handelt sich um eine Investition in die Zukunft, um die Kosten, die der Klimawandel mit sich bringt, möglichst zu reduzieren – und da muss an vielen Fronten angesetzt werden. Hier gehört auch der öffentliche Verkehr auf jeden Fall dazu. Ein weiterer Aspekt ist, dass der öffentliche Verkehr das sicherste Transportmittel überhaupt ist, was Unfallzahlen belegen. Unfälle hingegen verursachen immense volkswirtschaftliche Kosten. Nochmals zur Preissensitivität: Ein junger Patient von Nadim Ismail hat voller Stolz erzählt, dass er sich nun einen Töff kaufe, aber natürlich einen Benziner, denn es muss ja knattern und rattern. Aber wenn der Preis für die Mobilität so viel günstiger ist, dann wird sich der eine oder andere Jugendliche oder viele Jugendliche überlegen, was sie sich anschaffen. Das Geld für eine tolle Reise sparen oder einen Töff kaufen, weil das U-Abo zu teuer ist? Die Anwesenden werden gebeten, die Überweisung der Motion zuzustimmen.

Marco Agostini (Grüne) bringt noch einen weiteren Aspekt ein. Heute Morgen wurde häufig von Schätzungen der Regierung geredet, was lange Diskussionen ausgelöst hat. In der Stellungnahme zu dieser Motion ist von Mehrkosten von ungefähr CHF 3 Mio. die Rede. Weiter sagt der Regierungsrat, dass er nicht davon ausgehe, dass nicht mehr das U-Abo nutzen werde – also wiederum eine Annahme. Marco Agostini geht vom Gegenteil aus, was zu Mehreinnahmen führen wird. Die dritte Schätzung wird sich im neuen AFP zeigen. Es ist immer davon die Rede, dass sich der Kanton etwas nicht leisten könne. Das ist noch nicht bekannt. Also einige wissen es bereits, aber alle werden erst in ein paar Wochen sehen, was sich der Kanton leisten kann und was nicht. FDP und SVP begründen die Ablehnung der Motion mit drei Schätzungen. Es soll doch mit denselben Ellen gemessen werden, wie heute Morgen, als es um das «Gesundheitsdatenchaos beim Ärztezulasungsstopp» ging.

://: Mit 40:32 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion abgelehnt.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) schliesst die Sitzung pünktlich um 16.30 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.
